

VON GEORG MASCOLO

Was also ist nun mit den Weihnachtsmärkten, sind sie sicher, gibt es Hinweise auf geplante Anschläge? Können sie stattfinden oder muss sie man nicht absagen – jetzt, da nach Paris auf einmal alles denkbar erscheint? Das sind die Fragen, die in diesen Tagen Polizei und Geheimdienste bewegen, dazu die Innenminister und das Sicherheitskabinet unter Kanzlerin Merkel, das sich noch über jeden kleinen Hinweis auf eine mögliche Bedrohungslage Bericht erstatten lässt. Ergebnis bisher: Sie können besucht werden, es liegen keine Hinweise auf mögliche Anschläge vor.

Mit der Angst um die Weihnachtsmärkte begann in Deutschland vor 15 Jahren eine neue Zeitrechnung, das Land entdeckte die Gefahr durch islamistische Terroristen. Es war am zweiten Weihnachtsfeiertag des Jahres 2000, als Einsatzkräfte der GSG-9 eine Wohnung in der Frankfurter Sigmund-Freud-Straße stürmten und eine Gruppe Algerier verhafteten – Anhänger eines damals noch weitgehend unbekanntem Terroristenführers namens Osama bin Laden. In dem Apartment fanden sich Maschinenpistolen und Sprengstoff, zudem eine Videokamera mit einem kurzen Clip: wacklige Bilder von fröhlichen Menschen auf dem Weihnachtsmarkt in Straßburg, der mächtige Dom war ebenfalls zu sehen. „Das ist unsere größte terroristische Herausforderung“, hieß es damals im Kanzleramt. Es regierte Gerhard Schröder.

Politiker und Medien täten gut daran, nicht jedes denkbare Szenario zu beschreiben

In diesen Tagen ist das 15 Jahre her und die Gefahr scheint seither nur gewachsen zu sein. Bin Laden ist tot, ein Mann namens Bagdadi, Doktor der islamischen Theologie, hat übernommen. Al-Qaida existiert noch, aber der sogenannte Islamische Staat hat ihnen den Rang abgelassen. Die beiden Terror-Organisationen leisten sich einen tödlichen Wettstreit – Anschläge im Westen sind in ihrer Welt des Irrsinn von besonderem Prestige. Der IS soll inzwischen eine eigene Abteilung gegründet haben, die Anschläge im Ausland vorbereitet und unterstützt, geleitet von dem 38-jährigen Abu Muhammad al-Adnani. Bisher fiel er nur als Sprecher des IS auf. So ist die Lage nach diesen 15 Jahren, in denen es durchaus auch Erfolge gab; so sollen in Deutschland nach Angaben der Behörden elf Anschläge misslungen oder verhindert worden sein. Aber ebenso wahr ist, dass es bei der Bekämpfung des Terrorismus eine lange Reihe von Irrtümern und Fehleinschätzungen gab. Welche Lehren kann man aus ihnen ziehen?

Die Erste ist, dass man den Kampf gegen den Terrorismus nicht mit einem Krieg verwechseln sollte. Deutsche Politiker sind da sehr zurückhaltend (den Bundespräsidenten ausgenommen), Publizisten sind es nicht. Gegen Kriminelle aber kann man keinen Krieg führen, zudem wünscht sich der IS nichts sehnlicher, als dass der Westen es so nennt.

Diesen Gefallen sollte man ihnen nicht tun. Krieg gegen den Terror gab es schon einmal. Die Bush-Regierung hatte ihn erklärt und damit ein Klima geschaffen, das die Suspendierung von Rechtsstaat und Menschenrechten begünstigte, Guantanamo und CIA-Poltergefängnisse eingeschlossen. Krieg kennt nur Kriegesrecht, Krieg versetzt eine Gesellschaft in einen Kriegszustand. Der Einsatz von Militär gehört zum Kampf gegen den Terrorismus, aber er ist nur ein Element dieser Auseinandersetzung. Oder, wie UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagt: Raketen mögen einen Terroristen töten. Aber nur gute Politik beugt Terrorismus.

Terrorismus stellt jede Regierung vor die schwierige Herausforderung, zweierlei zu schützen: das Leben und die Unversehrtheit seiner Bürger und zugleich die Freiheitsrechte, die den Staat erst ausmachen. Terroristen wollen nicht nur, dass der Staat auf ihre Taten reagiert. Sie wollen, dass er überreagiert. In dieser Hinsicht war der Einmarsch der Amerikaner im Irak – der überhaupt erst zur Gründung des späteren sogenannten Islamischen Staates führte – der größte Erfolg der Terroristen.

Die zweite Lehre lautet, dass Terrorismus vom Grauen lebt, das er in den Köpfen erzeugt. Auch Krieg erzeugt Angst – doch für Terroristen ist es das eigentliche Ziel: ganze Gesellschaften dauerhaft in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Barbarei

zielt manipuliert wurden, um ein unzutreffend positives Bild der Auseinandersetzung mit dem IS zu zeichnen. Die Instrumentalisierung von Geheimdienstberichten zu politischen Zwecken – siehe Saddam Hussein und die Massenvernichtungswaffen – hat eine lange und unselige Tradition. Man kann mit ihnen Handeln oder Nicht-Handeln begründen. Geheimdienste müssen frei von politischem Druck ein möglichst realistisches Bild der Bedrohung zeichnen. Die Politik sollte ihnen zuhören.

Viertens müssen die Geheimdienste lernen, ihre Informationen zu teilen. Sie tun es nach den schrecklichen Versäumnissen im Vorfeld des 11. September heute umfassender, aber immer noch nicht ausreichend. Nach Paris bot US-Präsident Barack Obama den Franzosen ein neues Geheimdienstabkommen an. So könne man den Informationsaustausch auch im Bereich des Terrorismus verbessern und beschleunigen. Warum geschah dies nicht spätestens nach den Anschlägen auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* im Januar dieses Jahres? Damals warnte der ehemalige französische Untersuchungsrichter Marc Trévidic: „Wir haben die finsternen Tage noch vor uns.“ Wenn es um die Bedrohung durch Terroristen geht, müssen Geheimdienste endlich alle Informationen austauschen.

Fünftens sind die Europäer untereinander leider auch nicht viel besser, ja, sie sind schlimmer. Inzwischen gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass dieser Freitag, der 13. in Paris nur der Beginn einer Anschlagsserie in Europa war. Und doch ist bis heute nicht einmal garantiert, dass alle sogenannten ausländischen Kämpfer aus Europa, die sich dem IS angeschlossen haben, in der Datenbank von Europol erfasst werden. Ein aus Syrien zurückkehrender Islamist kann also noch immer unbemerkt einreisen und sich dann innerhalb des Schengen-Raumes frei bewegen. Trotz endloser Debatten in Arbeitsgruppen und

Unterarbeitsgruppen hat sich an diesem Zustand nichts geändert. Oder, wie es die Bundesregierung formuliert: „Die Informationssysteme könnten qualitativ und quantitativ noch stärker genutzt werden.“ Am vergangenen Mittwoch berichtete Thomas de Maizière dem Innenausschuss des Bundestages über die Lage: Nicht alle europäischen Länder stellen die Namen von mutmaßlichen IS-Kämpfern in die gemeinsame Datenbank ein. Eine gemeinsame Definition, wer als sogenannter Gefährder gilt, gibt es nicht. Jedes Land entscheidet das für sich. „Jeder schlägt die Hände über dem Kopf zusammen“, sagt Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD. „Das ist ein Spiel mit dem Feuer.“

Sechstens müssen die Behörden unterschiedener handeln, wenn irgendwo in Europa eine gewaltbereite islamistische Szene entsteht. Der Brüsseler Stadtteil Molenbeek, inzwischen jedem Fernsehzuschauer bekannt, ist ein trauriges Beispiel für jahrelanges Versagen. Schon nach dem 11. September führten die Spuren hierher. Zwei Tage vor dem Angriff auf New York und Washington hatten zwei als belgische Journalisten getarnte Islamisten den Anführer der afghanischen Nordallianz, Ahmad Schah Massoud, getötet. Bin Laden hatte dies den Taliban versprochen. Aber statt energisch die Szene zu bekämpfen, geschah fast nichts. Die chronisch überforderte belgische Justiz ermittelte lustlos, die Polizei fand nicht einmal die Verdächtigen, die bei ihr um die Ecke wohnten.

Auch wurde zu wenig getan, um das Abdriften von weiteren jungen Muslimen in die terroristische Szene zu verhindern. Ergebnis: Heute ist Molenbeek so etwas wie das Epizentrum des europäischen Dschihadismus. Auch in Deutschland gibt es Orte, in denen die Behörden zu lange zuschauten: Wolfsburg ist einer davon, von hier konnten, weitgehend unbemerkt, bis heute mehr als 20 Islamisten nach Syrien und in den Irak ausreisen.

Siebtens müssen die Behörden erken-

nen, dass alles getan werden muss, um eben solche Ausreisen europäischer Islamisten zum IS zu unterbinden. Noch immer haben manche in den europäischen Sicherheitsbehörden die Vorstellung, dass man die eigenen Radikalen ruhig ziehen lassen könne. Wer in Syrien bombt, tut dies nicht zu Hause, hieß die Devise, wenn man los ist, ist man los. Ein hoher bayerischer Staatsschutzbeamter vertrat noch vergangenes Jahr diese Auffassung: Es gehe um den „Schutz unserer Bevölkerung“. So wurde Europa zum Exporteur des Terrorismus, Tausende sollen bis heute zum IS gezogen sein. „Unerträglich“, nennt das Thomas de Maizière, und gefährlich ist es ebenso: Tatsächlich lernen die Ausgereisten erst dort unten ihr tödliches Handwerk, wie man eine Kalaschnikow abfeuert und einen Sprengstoffgürtel zündet.

Jede Reaktion des Westens muss damit beginnen, die Motive des IS zu verstehen

Viele Europäer – unter ihnen mehr als 20 Deutsche – haben in Syrien und im Irak bereits Selbstmordattentate begangen. Nun haben sie es auch vor einem Pariser Fußballstadion getan, in dem die deutsche Nationalmannschaft spielte. Paris hat eine lange gehegte Befürchtung bestätigt: Manche Rückkehrer sind eine tödliche Gefahr, viele haben europäische Pässe, man kann sie an der Grenze nicht abweisen. Also muss man noch mehr als bisher dafür tun, dass sie erst gar nicht zum IS kommen.

Achtens braucht es für die Überwachung der radikal-islamistischen Szene nicht zu allererst neue Gesetze, sondern vielmehr die akribische Arbeit von Geheimdiensten und Polizei. Die ist, zugegeben, schwerer geworden: Überall in Europa klagen Polizei und Sicherheitsbehörden über die stark gestiegenen Zahlen. Nach dem 11. September gab es Hunderte potenziell Verdächtige, heute sind es Zehntausende.

Mit den Weihnachtsmärkten begann in Deutschland vor 15 Jahren eine neue Zeitrechnung: Das Land entdeckte die Gefahr durch islamistische Terroristen, als im Dezember 2000 Einsatzkräfte eine Wohnung in Frankfurt stürmten, die offensichtlich einen Anschlag auf so einen Markt planten. FOTO: JOHANNES SIMON/GETTY IMAGE



Es braucht mehr Personal. Allein in Frankreich haben 10.500 Personen eine sogenannte Fiche S, einen Akteneintrag wegen des Verdachts der Radikalisierung. Lückenlose Überwachung ist so unmöglich. Nur kommt offenbar auch noch Schlampelei hinzu. Jüngstes Beispiel ist Samy Ammour, der im Bataclan Konzertbesucher exekutierte. Bereits 2012 wurde gegen ihn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Eigentlich hätte er sich wöchentlich bei der Polizei melden müssen, aber er reiste nach Syrien. Die Fahrt zum IS fiel nicht auf. Dass Ammour seiner Meldepflicht nicht nachkam, wurde dem Gericht nicht mal mitgeteilt.

Neuntens darf man die Sicherheitsbehörden mit dem Problem nicht allein lassen. BKA-Chef Holger Münch fordert seit Langem einen Nationalen Plan für Prävention klassische Jugendarbeit und Beratung, um das Abdriften von noch mehr jungen Menschen in die Dschihad-Szene zu verhindern. Er fordert Imame in den Gefängnissen. Passiert ist bisher fast nichts, nur eine Handvoll Stellen und Programme gibt es, dabei ist die Überwachung ungleich teurer als die Prävention. Hier liegt eines der größten Versäumnisse. Mit der Flüchtlingswelle kommen nun Hunderttausende Menschen aus der Region zu uns, Salafisten bemühen sich bereits um sie. Gute Integration und Prävention sind nun erst recht zwingende Notwendigkeit.

Zehntens sollte die jetzt neu beginnende Überwachungsdebatte mit Zurückhaltung geführt werden. Der 11. September war der Beginn der Massenüberwachung, auch deshalb bieten heute immer mehr amerikanische und europäische Internet- und Telekommunikationsdienstleister verschlüsselte Dienste an, die natürlich auch Terroristen nutzen können. Ob die Pariser Attentäter dies taten, ist noch nicht bekannt. Aber die „Going Dark“-Diskussion, wie sie in Amerika heißt, läuft bereits. „Wir kriegen nichts mehr mit, macht uns nicht dafür verantwortlich“, so die Klage in Geheimdienstkreisen.

Im Kampf gegen die Fanatiker wird es keinen Sieger und keinen Verlierer geben, nur Opfer

Die meisten Bürger stimmen einem gewissen Maß an Überwachung zu, wenn diese maßvoll und zielgerichtet ist und vor allem zur Abwehr drohender Gefahren dient. Das ist auch notwendig. Aber die Geheimdienste müssen beweisen, dass sie aus den Exzessen nach dem 11. September gelernt haben und zu kluger Selbstbeschränkung fähig sind. Eine Verpflichtung haben auch die Netzbetreiber: Sie sollten entschiedener als bisher die Propaganda des IS aus dem Internet löschen. In der Cyber-Welt sind die Islamisten noch erfolgreicher als in der realen Welt.

Elfte muss jede Reaktion des Westens damit beginnen, die Motive des IS zu verstehen und seine Pläne zu durchkreuzen. Urlaube an den Stränden in Tunesien greift der IS an, um Touristen abzuschrecken. Die dadurch wachsende wirtschaftliche Not wiederum soll helfen, weitere Menschen zu radikalisieren.

Ebenso gezielt geht er – so darf man vermuten – bei seinen Attacken im Westen vor. Dass zwei, vielleicht auch drei der Pariser Attentäter als Flüchtlinge in Griechenland registriert wurden, war vermutlich Absicht. John Sawers, der frühere Chef des britischen Geheimdienstes MI 6, wies dieser Tage darauf hin, dass der IS auf wachsendes Misstrauen gegenüber Flüchtlingen hofft, auch auf ein Erstarren der europäischen Rechten. Das Kalkül ist einfach: Je größer Misstrauen und Ablehnung gegenüber den europäischen Muslimen wird, umso leichter wird es für den IS, unter ihnen neue Anhänger zu rekrutieren. Die Erklärungen amerikanischer Politiker, nach Paris keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu wollen, sind aus IS-Sicht ein großer Erfolg.

Zwölftens sollte man nicht auf ein schnelles Ende dieser terroristischen Bedrohung setzen. Alle entsprechenden Hoffnungen in den vergangenen 15 Jahren jedenfalls haben sich als falsch erwiesen. 2011 war es so, nach dem Tod von Osama bin Laden und auch zwei Jahre zuvor, 2009, als die Amerikaner aus dem Irak abzogen. Das Kopfgeld auf den Anführer der damaligen Vorläuferorganisation des IS wurde von fünf Millionen auf 100.000 Dollar reduziert. Amerika war überzeugt, gewonnen zu haben. Der Kampf gegen die Fanatiker aber wird noch lange dauern und er wird kein klares Ende finden. Es wird keinen Sieger und keinen Verlierer geben, nur noch weit mehr unschuldige Opfer.

Von der Gegenkultur zum Kanon

„Texte zur Kunst“ definiert neue Kunstbegriffe – jetzt feierte das Magazin sein 25. Jubiläum

Das Cover der ersten Ausgabe schmückte ein Porträt von Clement Greenberg: Verschlagen schaut der Kritiker ins Objektiv, während er genüsslich an einer Zigarette zieht. Ein Mann – ein Kanon: Kein anderer Meinungsmacher hat in der Kunstgeschichte der letzten Jahrzehnte so tiefe Spuren hinterlassen wie der Apologet der Abstraktion in den 1950er und 60er Jahren. Wenn dessen Konterfei die Gründungsnummer einer neuen, linken Kunstzeitschrift bebilderte, konnte das nur eine Kampfansage bedeuten. Tatsächlich verschrieb sich das von Isabelle Graw und Stefan Germer 1990 in Köln ins Leben gerufene (seit dem Jahr 2000 in Berlin erscheinende) Magazin *Texte zur Kunst* der Revision akademischer Deutungsmuster – wie einer an Gattungen, namentlich der Malerei orientierten Kunstgeschichte, zumal dann, wenn deren geschichtliches Ziel im abstrakten Expressionismus der New York School bestehen sollte. Womit eben jene Hi-

erarchie weißer, westlicher, maskuliner Künstler etabliert war, als deren Pate und Patriarch Clement Greenberg figurierte. Dagegen galt es eine Kritik in Stellung zu bringen, die, wann immer sie über Kunst spricht, zugleich auch politische, ökonomische und soziologische Zusammenhänge benennt, jene „Produktionsverhältnisse“, die auch in der Wahrnehmung von Kunst eingehen. Auch Popkultur und Medien flossen in den Diskurs ein, aus dessen Instrumentarien alle essentialistische Werkbegriffe ausgesondert werden sollten. Stattdessen gerieten psychoanalytische, feministische, institutionelle Fragestellungen in den Fokus, wofür die amerikanische Zeitschrift *October* ein Vorbild lieferte.

Jetzt, da *Texte zur Kunst* 25. Geburtstag feiert, finden sich die ersten Ausgaben in einer sehenswerten Ausstellung im Wiener Museum für moderne Kunst in einer Vitrine wieder – und sind also musealisiert. Die

von Matthias Michalka kuratierte Schau unter dem sperrigen Titel „to expose, to show, to demonstrate, to inform, to offer“ rekonstruiert noch einmal den zeitgeschichtlichen Rahmen einer in Köln und Wien virulenten Kunst um 1990, die damals verstärkt ihre Rahmenbedingungen ins Spiel brachte und Netzwerke knüpfte. Nicht zuletzt waren es die in Wien versammelten Arbeiten von Mark Dion, Fared Armaly, Andrea Fraser, Renée Green, Christian Philipp Müller und Heimo Zobernig, die den kritischen Geist von Graw und Germer beflügelten.

Am Ende steht dann doch die große Geste

Als das Magazin jetzt in den Berliner Festspielen mit einer „Gala-Konferenz“ sein Jubiläum beging, lag auch die druckfrische 100. Ausgabe aus, und siehe da: Wieder zieht Greenberg auf dem Um-

schlag an seiner Zigarette – Titel: „The Canon“. *Texte zur Kunst* begann einst als Gegen-Kanon, verkörpert heute aber längst einen kritischen Kanon, ohne ihr Programm je so genannt haben zu müssen. Kanon gründet auf Bekenntnis, Argument, Autorität, er fordert Risiko, und je klarer seine Konturen gezeichnet sind, desto ergebiger kann man sich an ihm abarbeiten.

Für die „Gala“ und das jüngste Heft bat die Redaktion ihre langjährigen Mitarbeiter, Künstler seit dem Gründungsjahr 1990 für einen Kanon der Gegenwart vorzuschlagen – die Beiträge über Mike Kelley, Judith Hopf, Maria Lassnig, Rosemarie Trockel, Group Material, Sturtevant bestätigen die Linie des Magazins, sind aber eher paritätisches Sammelsurium als Kanon. Ihre Irritation gestand die Kölner *Texte-zur-Kunst*-Autorin Brigitte Weingart ein: „Am Ende ist es dann doch das Große der Geste (KANON!), das seine Aneignung nicht loswird.“

GEORG IMDAHL

Flucht, Elend, Heimat

Der deutsche Beitrag auf der Architekturbienale

In Deutschland fehlen schon jetzt knapp 800.000 Wohnungen – und der Bedarf erhöht sich durch die Zuwanderung. Bis Jahresende werden (allein 2015) mehr als eine Million Menschen nach Deutschland geflüchtet sein. Studien zufolge müssten bis 2020 jährlich 400.000 neue Wohneinheiten realisiert werden, mindestens. Gebaut wird ein Bruchteil. Und es geht nicht nur um Migranten, denn auch die schon jetzt herrschende Obdachlosigkeit nimmt Jahr für Jahr dramatisch zu: Bis 2018 wird es hierzulande mehr als eine halbe Million Wohnungsloser geben. Doch nicht allein Deutschland ist betroffen: Weltweit müssen in den nächsten 15 Jahren eine Milliarde Wohneinheiten gebaut werden.

Das „Wohnen“, das so alt wie die Menschheit ist und das wie nichts sonst existenziell zwischen gelebter Normalität und existenzieller Bedrohung, ist neben dem Klimawandel das drängendste Problem unserer Epoche. Schon deshalb ist es eine erfreuliche

Nachricht, dass das Deutsche Architekturmuseum (Frankfurt) die Ausstellung im Deutschen Pavillon auf der kommenden Architekturbienale kuratiert. Die größte Architekturschau der Welt wird am 28. Mai 2016 in Venedig eröffnet.

Der deutsche Beitrag könnte kaum aktueller sein. Unter dem Titel „Making Heimat. Germany, Arrival Country“ soll danach gefragt werden, was Architektur und Städtebau leisten können, um die Transformation von Obdachlosigkeit zu Integration zu gewährleisten. Schon jetzt sieht man ja an den Rändern der Städte genau jene schnell zusammengetackerten Notlager, die kein Teil der Lösung, sondern ein Teil künftiger Probleme sind. „Erst bauen Menschen Häuser, dann bauen Häuser Menschen.“ Dieser Satz Albert Schweitzers könnte uns noch um die Ohren fliegen. „Heimat“, das ist ein beinahe ältester Begriff – doch wird sich auf seinem Terrain die Zukunft weisen. GERHARD MATZIG